

Diakonische Werke  
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.  
Paulsenstr. 55/56  
12163 Berlin

04.11.2014

---

## **Gerhart-Hauptmann-Schule**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, Studierende der Sozialen Arbeit, Erziehung und Bildung im Kindesalter, Gesundheits- und Pflegemanagement und Physio- und Ergotherapie an der Alice Salomon Hochschule Berlin sind entsetzt über Ihr Vorhaben, gemeinsam mit der Bezirksregierung Kreuzberg-Friedrichshain die von Geflüchteten besetzte Gerhart-Hauptmann-Schule Kreuzberg räumen zu lassen, um Ihren Plan von einem „Internationalen Flüchtlingszentrum“ umsetzen zu können.

Mit diesem Vorhaben beteiligen Sie sich nicht nur beim Wortbruch der Bezirksregierung, die Schule weiterhin bewohnen zu lassen und einen selbstverwalteten Raum für Geflüchtete aufzubauen, sondern nehmen sich auch aktiv daran teil, Menschen in die Obdachlosigkeit zu schicken.

Gerade dass Sie als einer der größten Arbeitgeber für Soziale Arbeit mit 450.000 Beschäftigten in Deutschland sich in so eine Mittäterschaft begeben, macht uns fassungslos. Ihr Engagement für Menschenrechte, Existenzsicherung und zur Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut erscheint in diesem Licht ironisch und wenig glaubhaft.

In unserer Auffassung von Sozialer Arbeit gibt es kein entweder oder. Der Einsatz für eine Gruppe darf nicht auf Kosten von Anderen geschehen. Die Würde der Menschen muss auch unabhängig vom Aufenthaltsstatus geachtet werden. Und Ihr Engagement sollte nicht bei der Trägerschaft eines „Internationalen Flüchtlingszentrums“ anfangen, sondern sollte sich auf die strukturelle Gleichstellung von Geflüchteten konzentrieren.

Wir fordern Sie hiermit auf, sich nicht am rassistischen und menschenverachtenden Umgang des Senates mit Geflüchteten zu beteiligen. Beginnen Sie endlich Gespräche mit den Menschen in der Schule, lassen Sie die Menschen selbst aktiv die Schule gestalten und üben Sie Druck auf Bezirk und Senat aus, um ihnen sichere Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnisse zu verschaffen und um ein menschenwürdiges und gleichberechtigtes Leben für alle Menschen zu ermöglichen.

Mit verbindlichen Grüßen,

Grenzen\_weg Berlin